

**Ihre Krise.  
Nicht auf unserem Rücken.  
Die Reichen sollen zahlen!**

**BUNDESWEITER AKTIONSTAG  
07. NOVEMBER 2020**

**KUNDGEBUNG UM 14:00 UHR  
AM ORLEANSPLATZ**

## Wir zahlen nicht für Eure Krise!

### Die Verursacher der Krise – Großkonzerne und Vermögende – sollen zahlen

Jeden Tag lesen wir, dass Firmen umstrukturieren, auslagern oder Standorte schließen und Tausende Arbeitsplätze streichen wollen. Das ist erst der Anfang. Wenn 2021 die Kurzarbeitregelungen auslaufen, drohen weitere Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. In der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst und Nahverkehr erklären die öffentlichen „Arbeitgeber“ den Streikenden, es sei kein Geld da. Für alles, was unsere Gesellschaft braucht: Bezahlbarer Wohnraum, günstige Mobilität, Klimaschutz, gute Gesundheitsversorgung für alle, Hilfe für Schutzsuchende, Löhne, von denen man leben kann - immer ist angeblich „kein Geld da“.

Doch Geld gibt es genug: Das reichste Prozent der Menschen in Deutschland besitzt 35 Prozent des Vermögens. Die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung teilt sich 1,4 Prozent! Die Regierung gibt über eine Billion Euro für Wirtschafts-Pakete und Kredit-Bürgschaften aus. Wir Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner\*innen, Jugendliche oder Geflüchtete sollen zahlen für eine Wirtschaftskrise, die wir nicht verursacht haben, und für die Profite der Konzerne? Statt ihnen Milliarden-Rettungspakete in den Rachen zu werfen, müssen wir die Konzerne zur Kasse bitten. Die Reichen sollen zahlen!

### Es muss nicht bleiben, wie es ist.

Es ist kein Naturgesetz, dass in Krankenhäusern gestresstes, unterbezahltes Personal mit mangelnder Ausrüstung Patient\*innen versorgt. Auch nicht, dass Frauen\* die schlecht bezahlten Jobs zusätzlich zur Haushaltsarbeit machen. Wir müssen nicht die Umwelt zerstören, um Arbeitsplätze zu erhalten. Es muss nicht alle paar Jahre eine Krise die Existenz von Millionen Menschen gefährden. Wir brauchen und wollen keine sklavenähnlichen Bedingungen für migrantische Arbeiter\*innen auf Feldern und in Fleischfabriken, und keine rassistische Polizeigewalt! Gesundheitsversorgung, Energie, Mobilität und Wohnraum gehören in die Hände der Gesellschaft.

### Solidarisches Handeln ist nötig

Wir müssen jetzt eine gesellschaftliche Kraft aufbauen, mit der wir die Bundesregierung und die Konzerne daran hindern, ihre Krise auf uns Beschäftigte, RentnerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und Geflüchtete abzuwälzen. Gemeinsam können wir die Kämpfe für unsere Interessen organisieren. Solidarität macht uns stark. Mit unseren Gewerkschaften verteidigen wir unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir glauben dabei nicht an Sozialpartnerschaft oder dass uns Zugeständnisse an die Unternehmen etwas bringen.

### Für was wir kämpfen:

Arbeitszeitverkürzung für alle, bei vollem Lohn- und Personalausgleich – Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle! Mehr Personal im Gesundheitsbereich - Schluss mit Privatisierungen – Rücknahme aller Auslagerungen in den öffentlichen Dienst – Rekommunalisierung aller Gesundheitseinrichtungen und des privatisierten öffentlichen Nahverkehrs – Demokratische Kontrolle durch Belegschaften, Patient\*innen, Bewohner\*innen bzw. Nutzer\*innen.

### Geld ist genug da. Es muss abgeschöpft werden durch:

- Abgaben auf große Vermögen, Vermögenssteuer und höhere Unternehmenssteuer – Kommunale Schulden streichen.
- kein Geld aus öffentlichen Kassen für Unternehmen, die entlassen wollen – sondern Enteignung und Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter\*innen.

**VEREINEN STREIKEN KÄMPFEN**

[krisenbuendnismuc.noblogs.org](http://krisenbuendnismuc.noblogs.org) | [www.nichtaufunseremruecken.org](http://www.nichtaufunseremruecken.org)

**#NICHT  
AUF  
UNSEREM  
RÜCKEN**